



Afrikanische Flüchtlinge, die auf einem seeuntüchtigen Boot in Richtung Europa wollen und von Marineschiffen gerettet werden: Solche Bilder aus dem Mittelmeer sind mittlerweile alltäglich.

Foto: dpa

Kleines Land, vorbildliche Arbeit

Wie Benin in die Demokratie-Liga aufstieg

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Mit der Demokratie ist das so eine Sache. War zum Beispiel Ägypten nach dem „Arabischen Frühling“ wenigstens kurzzeitig eine solche? „Nein, dort gab es allenfalls Andeutungen einer Demokratie, es war zu keinem Zeitpunkt eine. Deshalb ist es auch falsch zu behaupten, dort sei eine Demokratie zusammengebrochen“, lautet die bittere Diagnose des Bayreuther Juniorprofessors Alexander Stroh. Aber gibt es auf dem Schwarzen Kontinent mit seinen 54 Ländern überhaupt so etwas wie die perfekte Demokratie?

Perfekt vielleicht nicht, aber immerhin sieben Ländern, die der Wissenschaftler alphabetisch geordnet hat, bescheinigt er demokratische Systeme: Benin, Botswana, Ghana, Lesotho, Namibia, Senegal und Südafrika. Damit hätten etwa zwölf Prozent der Bevölkerung Subsaharas, also südlich der Sahara, das Glück, in demokratischen Ländern zu leben. Bis vor kurzem habe auch Mali dazugezählt. Burkina Faso habe hingegen eine gute Chance, demnächst dazuzugehören.

Als interessantes Beispiel, wie es ein einst stark autokratischer Staat mit einer Vielzahl von Militärputschen geschafft habe, demokratisch zu werden, hebt er Benin hervor. Dabei habe das Land in Westafrika – das elf Millionen Einwohner hat und so groß wie Bayern und Baden-Württemberg ist – demokratietheoretisch gesehen gar keine guten Voraussetzungen für den Wandel in ein demokratisches System mitgebracht. So sei die Gesellschaftsstruktur zu heterogen, das Wirtschaftswachstum zu gering, die Macht konzentrierte sich im Präsidentsamt, und das Militär hat so gut wie keine zivilen Mitarbeiter. Trotzdem sei das Land vergleichsweise demokratisch, habe vor allem ein vorbildliches Verfassungsgericht. Und doch lasse sich an den aktuel-

len Herausforderungen in Benin sehr gut zeigen, worin die Gefährdung auch für eine ganze Reihe anderer afrikanischer Staaten derzeit liege: In Benin nämlich will der Präsident gerade für eine dritte Amtszeit antreten – das gleiche Problem hat zurzeit das ostafrikanische Burundi, welches Stroh allerdings nicht als Demokratie bezeichnet. „Die Amtszeitenverlängerung verdient außerdem Beachtung in Kongo-Kinshasa und in Ruanda.“

Weit über Afrika hinaus blickt am Ende des ersten Tages der Nürnberger Sicherheitstagung 2015 Gunther Schmidt, ehemaliger Professor für Internationale Politik und Sicherheit an der Beamenhochschule München/Berlin. Seine Diagnose der derzeitigen Weltsicherheitslage ist hart, aber prägnant: „Wir erleben gerade die tiefste Orientierungskrise internationaler Politik und das Ende der Periode einer stabilen Weltordnung. Wir stecken mitten in einer Weltunordnungsphase“, so der Politikwissenschaftler.



Gunther Schmidt

Es gebe keine globale Ordnungsmacht mehr, kein Zentrum, keinen Gravitationspunkt. Stattdessen erlebten wir heute eine „polizenrische Ordnung“, die von etwa 30 Staaten bestimmt werde, welche in etwa den OECD-Staaten entsprechen. Manche Staaten würden regelrecht eine Gegenordnung aufbauen und die Tendenzen zur Autokratisierung der Welt verstärken – wie etwa China. Als größte Bedrohung für die globale Welt und besonders für die afrikanische Sahelzone als bedeutende Drogen-Schmuggleroute sieht Schmidt den islamistischen Terrorismus durch Gruppen wie den „Islamischen Staat“ und Al-Qaida im Maghreb.



Prof. Alexander Stroh (re.) stellte sich den Fragen des Publikums. Fotos: Rupp

Afrika im Mittelpunkt der Nürnberger Sicherheitstagung

Von Ängsten und einem Wunder

VON SIGRUN EIBNER

NÜRNBERG – Die Kanzlerin hat Hildebrecht Braun einen Strich durch die Rechnung gemacht. Er wollte den Präsidenten von Niger und die Präsidentin der Afrikanischen Union als Gäste zur Nürnberger Sicherheitstagung holen – doch Angela Merkel war schneller und lud die beiden vor knapp zwei Wochen zum Gipfel nach Elmau. Die afrikanischen Spitzenpolitiker entschieden sich für das bayerische Alpenschloss und gaben dem Nürnberger Marmorsaal dafür einen Korb.

Doch auch ohne hohe Polit-Prominenz aus Afrika war es Braun und seinen Mitstreitern gelungen, für die Nürnberger Sicherheitstagung Referenzen zu gewinnen, die ein differenziertes Bild Afrikas zeichneten. Denn der zweitgrößte Kontinent mit der zweitgrößten Bevölkerung der Erde wird in Europa meist nur als Katastrophengebiet wahrgenommen. Und auch der Flüchtlingsstrom an den europäischen Grenzen weckt Ängste und Befürchtungen.

„Afrika wird plötzlich real, schwarze Menschen gehören zum Straßenbild“, erklärte Braun, warum sich die Tagung in diesem Jahr dem Thema Afrika widmete. Die Nürnberger Sicherheitstagung, die von der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Nürnberger Zeitung, dem Deutschen Bundeswehrverband, der Clausewitz-Gesellschaft, der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, dem Verband der Reservisten und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft veranstaltet wird, fand bereits zum 16. Mal statt.

Markus Löning, der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, berichtete über den Kampf gegen die Armut, der in Afrika im

Gegensatz zu Asien nur bescheidene Erfolge erzielt. Der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 Dollar am Tag leben müssen, hat sich in 25 Jahren von 56 auf 48 Prozent verringert – wenn auch bei kräftigem Bevölkerungswachstum. In Südostasien dagegen sank die absolute Armut im gleichen Zeitraum immerhin von 45 auf 14 Prozent.

Neben kriegerischen Auseinandersetzungen und Gewalt ist es vor allem die Armut, die die Menschen in Afrika aus ihrer Heimat vertreibt. „Das größ-

des Machthabers Gaddafi Chaos herrscht, hat sich zur Hochburg der Schleuser entwickelt. Die Europäische Union kann hier kaum etwas dagegen tun. „Die Migration aus Afrika wird zunehmen“, so die BAMF-Expertin, die auch vor den Folgen der Abwanderung für die Herkunftsländer warnte. Wenn junge, qualifizierte Menschen fehlen, sinken die Entwicklungschancen armer Länder noch weiter.

Über ein echtes „Wunder“ berichtete dagegen Cuno Tarfusser bei der Sicherheitstagung. Der Südtiroler ist seit sechs Jahren einer von insgesamt 18 Richtern am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und freut sich noch heute, dass es diese Einrichtung seit 2002 gibt und inzwischen bereits 123 Staaten ihren Vertrag unterzeichnet haben. Dieses Gericht, das nur bei Völkerrechtsverbrechen tätig wird und wenn die zuständigen Gerichte im Land nicht eingreifen wollen oder können, war nach Darstellung des Richters noch wenige Jahre zuvor undenkbar. Auch wenn Tarfusser einräumt, dass der Strafgerichtshof extrem langsam und kostenintensiv arbeitet, verschafft es dem früheren Staatsanwalt „ein wahnsinniges Glücksgefühl“, an der Entwicklung des internationalen Strafrechts mitzuwirken.

Selbst Misserfolge, wie etwa die geplante Festnahme des als Schlichter berüchtigten sudanesischen Staatschefs Omar al-Bashir am vergangenen Wochenende in Südafrika, können den engagierten Richter nicht entmutigen. Die Tatsache, dass Völkerrecht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen endlich geahndet werden können, erfüllt den ehemaligen Staatsanwalt aus Bozen mit tiefer Genugtuung.

Sicherheits Tagung 2015

te Problem in Afrika sind die Binnenflüchtlinge“, sagte Löning. Nach Angaben von Renate Leistner-Rocca vom Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind etwa 12,5 Millionen Menschen innerhalb des Kontinents auf der Flucht. Die meisten Länder aber sind mit der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen heillos überfordert, gelingt es ihnen doch kaum, die eigene Bevölkerung zu ernähren.

Im Vergleich zu der Zahl von 12,5 Millionen nehmen sich die 220.000 Menschen, die im vergangenen Jahr übers Mittelmeer nach Europa kamen, recht bescheiden aus. Doch die Zahlen steigen weiter an und Länder wie Italien und Griechenland, wo der überwiegende Teil der Flüchtlinge ankommt, sind mit der Aufnahme überfordert.

„83 Prozent aller Boote starten von Libyen aus“, berichtete Leistner-Rocca. Das Land, in dem seit dem Sturz



Der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, berichtete bei der Nürnberger Sicherheitstagung über die Situation der Flüchtlinge in Afrika. Foto: Stefanie Camin